



Nichtregierungsorganisation Schwarzgelb – Blick auf Frau Aigner

Attackiert, befürchtet, bemängelt, drängt, fordert, gibt zu bedenken, hinterfragt, ist verärgert, kritisiert, kündigt an, lehnt ab, macht Druck, regt an, schimpft über, schlägt vor, verlangt, verspricht, sollten, müssten, könnten ... Wie ein Nachschlagewerk über die wunderbare Vielfalt unserer deutschen Sprache lesen sich die Medienauftritte von Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU). Kein Notizblock, kein Mikrofon, keine Kamera ist im Berliner Regierungsviertel vor der Frau sicher.

Allerdings vermisse ich die alles entscheidenden Sätze, für die sie gewählt wurde und bezahlt wird: „Ich habe einen Gesetzentwurf vorgelegt“, „Ich habe durchgesetzt, dass ...“, „Ich habe erreicht, dass“. 130 Tage als Ministerin in einer schwarzgelben Koalition und zuvor ein gutes Jahr als Ministerin einer Großen Koalition: Ilse Aigner ist die tatenlose Ankündigungsministerin in der Nichtregierungsorganisation Schwarzgelb.

Bei der Finanzierung des Verbraucherschutzes bleibt sie untätig und zündet Nebelkerzen. Die Zustiftung zur Stiftung Warentest wird durch Kürzung der Zuschüsse doppelt wieder weggenommen. Von der großen Ankündigung, Bußgelder aus Kartellrechtsverfahren für eine Verbraucherschutz-Stiftung zu verwenden, blieb nichts übrig. Ein entsprechender Antrag der SPD zum Haushalt 2010 wurde von Schwarzgelb abgelehnt.

Beim Kampf gegen überzogene Gebühren an Geldautomaten ist sie so zögerlich, dass sogar der Koalitionspartner FDP sich öffentlich beschwert. Als peinliche Reaktion boykottiert die Ministerin dann das Treffen mit dem Verbraucherschutz-Ausschuss. Seit September gibt es auch keinerlei Fortschritte mehr beim Verbraucherschutz im Finanz- und Bankensektor.

Den Kampf gegen falsche Lebensmittelkennzeichnung führt Aigner nur in den Medien, nach wie vor darf z.B. hocherhitzte Milch als „Frischmilch“ deklariert und unverständliche Angaben zu Inhaltsstoffen gemacht werden. Bei den Verbraucherechten im Gesundheitssektor ist die Ministerin ein Totalausfall. Beim Datenschutz stürzt sie sich auf die leicht öffentlich darstellbaren Themen für Ihre Ankündigungen, obwohl Verbraucherschutzverbände und Datenschutzbeauftragter in anderen Themen weit mehr Handlungsbedarf sehen als bei Google Street View.

Krönender Abschluss: In bayerischen Medien ist die CSU-Politikerin Aigner gegen Gentechnik, in Berlin fährt sie als Ministerin einen Zick-Zack-Kurs und in Brüssel unterstützen sie und ihre Beamten die Gentechnik-Lobby unbeirrt.

Die SPD hat jetzt ein „Schwarzbuch Ilse Aigner“ herausgebracht, wo alle Versprechen der Ankündigungsministerin aufgezählt werden und die Folgenlosigkeit aufgedeckt wird. Wir bleiben dran ...

- Ulrich Kelber -

Europäische Petition gegen genmanipulierte Lebensmittel - Bitte mitzeichnen

Die Europäische Kommission hat den Anbau von genmanipulierten Lebensmitteln genehmigt und damit die Profite der Gentech-Lobby über die Bedenken der Bürger gestellt. Helfen Sie, 1 Million Unterschriften für eine Petition zu sammeln, in der die unabhängige Forschung und strenge Auflagen für genmanipulierte Nahrungsmittel gefordert wird:

http://www.avaaz.org/de/eu_health_and_biodiversity/?cl=513977703&v=5661

THEMEN

AIGNER-WATCH

KOMMUNKONFERENZ DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

FAIRNIS AUF DEM ARBEITS-
MARKT

NETZPOLITIK

DIESE WOCHE IM PARLA-
MENT

Termine

22. bis 26.03.10 - Berlin
Sitzungswoche des Bun-
destages

29.03. bis 11.04.10
Urlaub

14.04.10, 17:30 - Bonn
SPD-Bundestagsfraktion
vor Ort: Gute und gerechte
Gesundheitsversorgung für
alle! mit Kurt Lauterbach,
Münster-Carée

16.04.10 15:30 - Bonn
Bürgersprechstunde, Wahl-
kreisbüro

**18.04.10 10:00 Mecken-
heim**
Peer Steinbrück spricht
Klartext – ein finanzpoliti-
sches Frühstück, Ratssaal
der Stadt Meckenheim,
53340 Meckenheim

Lage der Kommunen verbessern Kommunalkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

Die Städte und Gemeinden sind in der schärfsten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Sie haben die desaströse Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb auszubaden. Mehr als 2 Milliarden Euro kosten sie allein die bislang beschlossenen Steuerprivilegien für Klientelgruppen. Auch Kommunalpolitiker der Union wissen es und sagen es: Die Kommunen stehen vor dem Ruin, die Bundesregierung droht ihnen das Kreuz zu brechen.



Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion am 15. März zu einer kommunalpolitischen Konferenz eingeladen. Rund 300 Oberbürgermeister, Bürgermeister, Kämmerer, Stadtverordnete, aber auch Vorstände und Geschäftsführer kommunaler Unternehmen sind gekommen. „Starke Kommunen – starke Stadtwerke“, das ist unser Ziel.

Gemeinsam haben wir uns an die Kommunalkonferenz der Fraktion vor einem Jahr erinnert. Auch Anfang 2009 war die Stimmung ernst und die Sorge vor den Auswirkungen der Krise groß. Aber wir hatten auch die Hoffnung, dass gemeinsames Handeln etwas bewirken kann. Mit unserem kommunalen Investitionsprogramm konnten die Kommunen mehr als 13 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen einsetzen.

Heute ist die Lage ganz anderes. Wo vor einem Jahr Solidarität, Entschlossenheit und politische Entscheidungskraft waren, spüren wir jetzt das Gegeneinander zwischen Bund und Kommunen, die Rücksichtslosigkeit von Schwarz-Gelb und die Orientierungslosigkeit der Bundesregierung. Vor einem Jahr haben wir die Sanierung von Schulen, Schwimmbädern und Sportstätten ermöglicht. Heute kommen aus Nordrhein-Westfalen die Meldungen, dass Schulen und Schwimmbäder geschlossen, die Straßenbeleuchtungen am Stadtrand ausgeschaltet und dass Gebühren für kommunale Leistungen erhöht werden müssen.

Und als sei das noch nicht genug, setzt Schwarz-Gelb in Berlin eine Gemeindefinanzkommission ein, die sich das Ziel gesetzt hat, die Gewerbesteuer abzuschaffen, die die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen ist. Diese Katastrophe darf nicht unwidersprochen bleiben. Deshalb fordern wir als Soforthilfe in der Notlage einen Kommunalschirm von 4 Milliarden Euro gegen die Krise, volle Kompensation der durch Schwarz-Gelb verursachten Steuerausfälle und 400 Millionen Euro mehr Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose. Wir fordern, dass die Stadtwerke ihre Chance im Wettbewerb nutzen können und dass die Kommunen durch eigene wirtschaftliche Betätigung die Finanzierung nicht-profitabler Aufgaben bei sozialer Integration und Kultur absichern können.



Sozialdemokraten stehen an der Seite der Städte und Gemeinden

Die Städte und Gemeinden sind Orte der gesellschaftlichen Integration, sie sind wichtig für das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, sollten für Verlässlichkeit stehen und sind maßgebend für das funktionierende Zusammenleben in Deutschland. In ihrer Kommunalkonferenz konnte die SPD-Bundestagsfraktion erneut deutlich machen, dass sie die Sorgen und Nöte der Kommunen ernst nimmt und die vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen wird. Gemeinsam werden wir dafür kämpfen, dass die Bundesregierung die Kommunen nicht ausbluten lässt. Wir werden immer wieder darauf aufmerksam machen, dass es sich bei den Plänen von Schwarz-Gelb um ein milliarden schweres Umverteilen von den Unternehmen auf die Bürger handelt. Das werden wir nicht zulassen. Die Sozialdemokraten stehen an der Seite der Städte und Gemeinden.

Alle angegebenen Drucksachen lassen sich auf der Internetseite des Bundestages finden unter:

http://dip21.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments/simple_search.do

Dort einfach die Nr. eingeben

Fairness auf dem Arbeitsmarkt Weiterentwicklung unserer Arbeitsmarktkonzepte

Der Fraktionsvorsitzende Dr. Frank-Walter Steinmeier zu den im SPD-Präsidium beschlossenen Vorschlägen zur Arbeitsmarktpolitik: "Fairness auf dem Arbeitsmarkt. Begrenzung der Leiharbeit - Mehr Mitbestimmung - Mindestlöhne - Sozialer Arbeitsmarkt"

Vor sieben Jahren haben wir eines der umfassendsten Reformkonzepte für den Arbeitsmarkt in der bundesdeutschen Geschichte begonnen. Jetzt gilt es, die Resultate zu prüfen und neu anzusetzen: Unser Ziel ist Fairness auf dem Arbeitsmarkt. Das zentrale Verdienst sozialdemokratischer Arbeitsmarktreformen ist es, die schleichende Gewöhnung an Massenarbeitslosigkeit beendet und den Kampf um Vollbeschäftigung neu aufgenommen zu haben. Wir haben allen Bürgerinnen und Bürgern, die Arbeit suchen, durch bessere Qualifizierung und Vermittlung neue Chancen auf einen Arbeitsplatz ermöglicht. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Betreuung aus einer Hand und die Einbeziehung von Sozialhilfeempfängern in die Arbeitsförderung bleiben von überragender Bedeutung. Auch dass wir die weit verbreitete Praxis der Frühverrentung begrenzt haben, ist eine richtige Weichenstellung zugunsten höherer Erwerbsbeteiligung bei steigender Lebenserwartung.

Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung. Deshalb müssen wir jetzt weiterdenken und unsere Konzepte weiterentwickeln. Denn die Verhältnisse der Arbeitswelt sind oft unfair geworden. Der ökonomische Strukturwandel schreitet voran. Dabei besteht die Gefahr, dass wir in Deutschland zugleich einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und eine fortgesetzt hohe Zahl von Arbeitslosen haben, die nicht ausreichend qualifiziert sind. Unsere Anstrengungen bei Bildung, Berufsqualifizierung und Weiterbildung müssen dramatisch gesteigert werden. Ebenso brauchen wir eine neue Vermittlungsoffensive mit einem besseren Verhältnis von Arbeitsvermittlern zu Arbeitsuchenden.

Arbeitsleistung muss sich wieder lohnen. Doch Armutslöhne und unsichere Beschäftigung haben sich ausgebreitet. Das gefährdet die Leistungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Zeitarbeit wird missbraucht, um Tarifstrukturen zu umgehen und Löhne zu drücken. Auf dem Arbeitsmarkt muss wieder Ordnung geschaffen werden, durch Mindestlöhne, durch die Stärkung der Tarifverträge und der Mitbestimmung, nicht zuletzt durch die Begrenzung der Leih- und Zeitarbeit auf ihren eigentlichen Zweck zur Abdeckung von Auftragsspitzen.

Wir wollen das unbefristete Arbeitsverhältnis stärken. Die Förderung von eigenen Anstrengungen, zum Beispiel bei der Qualifizierung, und die Anerkennung von Leistungen müssen auch beim Arbeitslosengeld berücksichtigt werden.

Wir wollen den Anspruch auf den Bezug von Arbeitslosengeld I in Verbindung mit berufsqualifizierenden Maßnahmen um bis zu zwölf Monate verlängern. Wer außerdem nach langen Jahren der Berufstätigkeit seine Existenz durch angespartes Vermögen abgesichert hat, soll nicht befürchten müssen, es bei längerer Arbeitslosigkeit schlagartig wieder zu verlieren. Wir wollen dieses Vermögen auf sozial angemessene Weise schützen.

Bei allen politischen Vorstößen, um mehr Menschen den Zugang zu Arbeit zu ermöglichen, müssen wir auch erkennen, dass ein erheblicher Teil von Langzeitarbeitslosen kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt hat. Statt diesen Bürgerinnen und Bürgern mit einer Kürzung von Transferleistungen zu drohen, brauchen wir mehr und bessere Arbeitsangebote auf einem öffentlich geförderten, sozialen Arbeitsmarkt. Wir wollen hier bis zu 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose bereit stellen. Diese soziale Bürgerarbeit hilft unseren Städten und Gemeinden, zusätzliche Leistungen zu erbringen und soziale und kulturelle Angebote zu verbessern.

Dabei gelten für uns die Prinzipien: Die Angebote müssen zusätzliche und gemeinnützige Arbeit umfassen. Es darf keine Verdrängung regulärer Beschäftigung geben, auch nicht im öffentlichen Dienst. Während der Beschäftigung sollen die Vermittlungsanstrengungen fortgesetzt werden mit dem Ziel, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Beschäftigungsverhältnisse sollen sozialversicherungspflichtig sein.

Mit unseren Vorschlägen wollen wir in den kommenden Wochen und Monaten in eine intensive Diskussion mit Gewerkschaften, Unternehmern, mit Wissenschaft, Verbänden und Bundesagentur für Arbeit einsteigen. Auf dem SPD-Bundesparteitag im September dieses Jahres wollen wir unsere Grundsätze der Arbeitsmarktpolitik neu formulieren.



Web-Tipp

**Der Beschluss des
SPD-Präsidiums:**

[http://www.spd.de/
de/aktuell/
nachrichten/2010/03/
Fairness-auf-dem-
Arbeitsmarkt.html](http://www.spd.de/de/aktuell/nachrichten/2010/03/Fairness-auf-dem-Arbeitsmarkt.html)



Karikatur: Klaus Stüttmann

Moderne Netzpolitik ist Gesellschaftspolitik

Anlässlich der Konstituierung der SPD-Arbeitsgruppe für die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" erklärte der netzpolitische Sprecher und Obmann der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" der SPD-Bundestagsfraktion Lars Klingbeil :

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist moderne Netzpolitik Gesellschaftspolitik und längst kein Nischenthema mehr. Netzpolitik muss gerade im Bundestag in der Mitte der politischen Debatte ankommen. Die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" begreifen wir als Chance, um grundsätzliche und langfristige Fragestellungen mit der Unterstützung von Experten und der interessierten Öffentlichkeit zu beraten und Lösungen zu finden. Die Enquete darf jedoch nicht zur ständigen Ausrede der Regierung werden, um drängende netzpolitische Fragestellungen auf die lange Bank zu schieben.

Alle Fraktionen haben betont, dass die interessierte Öffentlichkeit als 18. Sachverständiger in die Arbeit der Enquete einbezogen werden sollen. Daran müssen sich nun alle Fraktionen messen lassen. Wir haben hohe Erwartungen an den Deutschen Bundestag, dass dieser Schritt der Öffnung nun auch konsequent gegangen wird.

Politisch reicht es nicht aus bewährte offline-Mechanismen eins zu eins in die online-Welt zu übertragen. Wir brauchen neue Antworten und Lösungen für drängende Herausforderungen: Eine Weiterentwicklung des Urheberrechts. Eine Stärkung der Bürgerrechte durch wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Der gleichberechtigte Zugang zum breitbandigen Internet. Eine Stärkung der Medienkompetenz von Jung und Alt als Schlüsselqualifikation in der Informations- und Wissensgesellschaft. Mehr Transparenz staatlichen Wissens durch Open-Data-Projekte. Die soziale Sicherheit in der digitalen Arbeitswelt. Und schließlich das Nutzen der Chancen für eine Revitalisierung der Demokratie.

Klar ist: Die Politik hat in den vergangenen Jahren Vertrauen verspielt und Fehler gemacht. Wir strecken die Hand an alle diejenigen aus, die sich seit Monaten und Jahren konstruktiv an der Debatte um digitale Fragestellungen beteiligen und dies auch in Zukunft tun wollen. Die SPD ist bereit für einen netzpolitischen Aufbruch.

Ulrich Kelber
Bonn
Bundestagsabgeordneter

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 700 26
Fax: 030 - 227 760 08
Email: ulrich.kelber@bundestag.de

Büro Bonn:
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel: 0228 - 280 31 35
Fax: 0228 - 280 31 36
Email:
ulrich.kelber@wk.bundestag.de

... und im Internet
unter
www.kelber.de

Die Texte der Seiten 2-4
stammen vom Pressezent-
rum des Bundestages und
der SPD-Bundestagsfraktion.



TOPTHEMA

Bundshaushalt 2010: Die Bundesregierung hat bisher völlig versagt

Die schwarz-gelbe Regierung hat noch immer zu keiner schlüssigen Politik gefunden. Dies wird besonders deutlich bei der Aufstellung des Bundshaushalts 2010. Deutschland braucht jetzt eine Politik, die Wachstum und Beschäftigung anschiebt und die Menschen möglichst heil durch die schwere Wirtschaftskrise führt. Doch die Regierung hat keine Rezepte zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, zur Bändigung des Finanzsektors und zur Haushaltskonsolidierung. Stattdessen betreibt sie Flickschusterei, bedient ihre Klientel und verunsichert die Bürger mit ihren unausgegorenen und unbezahlbaren Projekten einer Steuerreform und einer Kopfpauschale.

Keine Konsolidierungsstrategie

Haushaltskonsolidierung ist trotz entsprechender Beteuerungen des Bundesministers der Finanzen und der Koalition kein vorrangiges Ziel. Der Bundesfinanzminister hat sich geweigert, eine mittelfristige Finanzplanung mit klarer Konsolidierungsstrategie vorzulegen. Zumindest bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen will sich die Regierung wegducken und Grausamkeiten erst danach verkünden. Schwarz-Gelb hat mit 80,2 Milliarden Euro für 2010 die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik zu verantworten.

Ein Teil der Nettokreditaufnahme ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die daraus folgende konjunkturelle Entwicklung bedingt. Die Koalition hat die Neuverschuldung aber bei weitem nicht in dem Umfang abgesenkt, wie es möglich und angesichts der konjunkturellen Entwicklung auch dringend geboten ist. Stattdessen hat sie den Spielraum vorrangig zur Finanzierung von Wahlgeschenken verbraucht, insbesondere für die Begünstigung von Hoteliers und Unternehmen.

Seit der Aufstellung im Dezember haben sich Ausgabensätze beim Arbeitsmarkt, bei den Zinsen sowie bei der Steinkohle nochmals ohne jedes Zutun der Regierung um weitere 5,5 Milliarden Euro vermindert. Die schwarz-gelbe Koalition hat es dennoch gerade einmal geschafft, die Neuverschuldung um diesen Betrag abzusenken. Von Einsparungen kann unter dem Strich also entgegen dem von der Koalition erweckten Anschein keine Rede sein.

Regierungskoalition blockiert Investitionen

Die Koalition hat die Strukturen des Haushaltes gravierend verschlechtert. Zum einen sind die Investitionen um 400 Millionen Euro gekürzt worden, was mit Kofinanzierungen und Drittmitteln einen Nachfrageausfall von rund 1 Milliarde Euro in diesem Schlüsselbereich für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet. Zum anderen sind die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsgesetz pauschal um etwa 4 Milliarden Euro gekürzt worden. Dadurch können entsprechend längerfristig angelegte Aufträge nicht im vollen Umfang vergeben werden und in Einzelfällen sogar große Projekte durch die unsinnige pauschale Kürzung völlig blockiert werden, weil sie nicht mehr durch finanziert sind.



Sperrung von Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik

Während Minister Westerwelle gegen Arbeitsuchende wettet, hat die Koalition 900 Millionen Euro für die Arbeitslosen gesperrt, die durch Fortbildungs- und Eingliederungsmaßnahmen gerade versuchen, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Dies ist ein zynischer Schlag ins Gesicht der Fleißigen. Die Sperre wirkt faktisch wie eine Kürzung, wenn sie nicht bis spätestens Ende April aufgehoben wird. Wer allerdings glaubt, dass sich die Koalition auf die Entsperrung der Mittel so schnell einigen kann, der unterschätzt die koalitionsinternen Grabenkämpfe völlig. Deshalb wird es ab der zweiten Jahreshälfte zu einem drastischen Rückgang bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik kommen. Gerade bei Bildungsmaßnahmen, Lohnkostenzuschüssen, Programmen für Jugendlichen oder beim erfolgreichen Programm 50Plus wird es zu Einschnitten kommen. Damit steigt die Arbeitslosigkeit – der Aufschwung hat so keine Chance. Das Nachsehen haben Regionen, die ganz besonders von Arbeitslosigkeit gebeutelt sind.

Eigenes Sparkonzept der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD hat dagegen ein eigenes Sparkonzept vorgelegt, das die Neuverschuldung auf 77,8 Milliarden Euro absenkt. Dabei sind dennoch auch Schwerpunkte auf der Ausgabenseite gesetzt worden: Für die Entwicklungshilfe haben wir zusätzlich 1,25 Milliarden Euro beantragt, für Maßnahmen der Bildung und Forschung 230 Millionen Euro und zur Entlastung der Gemeinden 400 Millionen Euro (Kosten der Unterkunft).

Unklarer Kurs gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands

Der misslungene Sparanlauf der Koalition macht für 2011 und die Folgejahre noch misstrauischer als bisher. Ab 2011 müssen Jahr für Jahr 10 bis 15 Milliarden Euro eingespart werden, um die Regelung der Schuldenbremse und die Vorgaben des Europäischen Stabilitätspaktes einzuhalten sowie die steigenden Zinsausgaben finanzieren zu können. Und nach wie vor verweigert die Koalition den Bürgerinnen und Bürgern jede Auskunft, wie sie diese immense Sparanstrengung erbringen will.

Der völlig unklare Kurs gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Die Verunsicherung von Bürgern und Unternehmen lähmt die Wirtschaftskräfte dieses Landes. Gerade große Unternehmen warten ab und beschränken sich auf reine Erhaltungsinvestitionen – eine gefährliche Entwicklung. Mit ihrer völlig unambitionierten Politik gefährdet diese Koalition auch die Stabilität in der Euro-Zone. Die anderen Länder schauen mit Sorge auf den unklaren Kurs Deutschlands.

Für die Klientel und gegen die Zukunft

Im Umweltbereich streicht Schwarz-Gelb knapp 20 Millionen Euro für das Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien und sperrt weitere 115 Millionen Euro - während Minister Röttgen mit diesem Geld den Leitungsbereich seines Ministeriums und seines Büros für zwei Millionen Euro umbaut und einen zusätzlichen Kommunikationschef mit rund 8.000 Euro Brutto im Monat einstellt. Soziale, öffentliche und kulturelle Einrichtungen können also keine klimafreundlichen und CO₂-sparenden Glühlampen mehr kaufen, weil das Ministerium schöner werden soll.

Im Verkehrs- und Bauetat verkündet Minister Ramsauer stets, er wolle mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene und Wasserstraße bringen - und streicht zugleich mit 64 Millionen Euro etwa die Hälfte der Mittel, die für den Ausbau der Schnittstellen dieser Verkehrswege (sogenannter "Kombinierter Verkehr") vorgesehen sind. Dafür soll nun aber der Transrapid - ein Verlustgeschäft - weiter gefördert, indem die Teststrecke weiter betrieben werden soll - nur zum Nutzen der beteiligten Industrie.



Für die Klientel und gegen die Zukunft war das Leitmotiv der Koalition für die Maßnahmen in den Einzelplänen. Deutschland hätte Besseres verdient.

Unser Land braucht eine handlungsfähige Regierung

In einem Entschließungsantrag haben wir die Bundesregierung nochmals unter anderem aufgefordert:

- Steuersubventionen auf den Prüfstand zu stellen und das unsinnige Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers, das allein 1 Milliarde Euro kostet, zurückzunehmen.
- Die auf 20 Milliarden Euro veranschlagte Einführung eines „Stufentarifs“ in der Einkommenssteuer aufzugeben.
- In der Arbeitsmarktpolitik die Förderung der Menschen, die Arbeit suchen, nicht zu gefährden. Die gesperrten 900 Millionen Euro für die Eingliederung von Arbeitslosen sind sofort freizugeben, damit die Job-Center ihre Angebote jetzt nicht streichen müssen und fortfahren können, Menschen wieder in Arbeit zu bringen.
- Das Projekt einer unsozialen und ungerechten Kopfpauschale zu beerdigen. Die Zusatzbeiträge sind abzuschaffen, die paritätische Finanzierung ist wieder herzustellen. Die Regierung darf der Explosion der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung nicht tatenlos zusehen, sondern muss endlich insbesondere die steigenden Kosten für Arzneimittel in den Griff bekommen.
- Für die Kommunen ist ein Rettungsschirm zu schaffen, der Städte, Gemeinden und Landkreise wieder so handlungsfähig macht, dass sie ihre örtlichen Aufgaben für die Bürger angemessen erfüllen können.
- In der Finanzmarktpolitik endlich von Betroffenheitsbekundungen zum Handeln zu kommen. Im Rahmen der G20 und in der EU muss die Bundesregierung die Schließung von Steueroasen voranbringen, das international gültige Regelwerk für alle Finanzakteure einschließlich Hedge-Fonds fordern. Sie muss Bonuszahlungen wirksam begrenzen und an den nachhaltigen Unternehmenserfolg binden. Die Bundesregierung muss jetzt endlich die Sonderabgabe für den Finanzsektor auf den Weg bringen. Sie muss die internationale Finanztransaktionssteuer voranbringen und notfalls eine Börsenumsatzsteuer in Deutschland einführen.
- Am Atomausstieg gemäß den getroffenen Vereinbarungen festzuhalten. Die erneuerbaren Energien sollen weiterhin auf hohem Niveau gefördert werden, um uns von den konventionellen Energieträgern immer unabhängiger zu machen und auch Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.
- Zukunftsgerichtete Bildungs- und Forschungspolitik ist als Grundlage für die Sicherung des künftigen Wohlstands unseres Landes zu schaffen. Die Bundesregierung muss hier endlich ihrer Gestaltungsaufgabe nachkommen und sich nicht in Ankündigungen verlieren.
- Der Bund hat in gemeinsamer Verantwortung mit Ländern und Kommunen deshalb dafür zu sorgen, dass Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen möglich ist. Dazu gehört auch der weitere Ausbau von Betreuungseinrichtungen.